

Produktion der S-Klasse bei Daimler in Sindelfingen: Die Hälfte der Baden-Württemberger geht davon aus, dass die Autoindustrie im Südwesten an Bedeutung verlieren wird. Foto: Marijan Murat/dpa

Die Wirtschaftskrise kommt bei den Menschen im Land an

Umfrage Einkommenseinbußen, Zukunftsängste, Sorge um den Job: Über die Schwere der Corona-Folgen machen sich die Bürger wenig Illusionen. Von Roland Muschel

Am 6. Januar 2021 vermeldete die Landesregierung erleichtert und auch ein wenig stolz, dass sich der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg trotz Corona-Krise robust zeige. Im Dezember 2020 sei die Arbeitslosenquote stabil bei 4,2 Prozent geblieben, die Jugendarbeitslosenquote leicht auf 3,3 Prozent gesunken.



Während Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) die Zahlen bereits als „Licht am Ende des Tunnels“ deutete und der Blick auf die Börsenwerte diesen Eindruck zu unterstreichen scheint, sieht eine Mehrheit der Baden-Württemberger eher düstere Zeiten auf die Wirtschaft zukommen. Das zeigen die Ergebnisse der gemeinsamen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, dem BaWü-Check, zur wirtschaftlichen Lage und Perspektive. Zwar schätzen aktuell 57 Prozent der Bevölkerung die ökonomische Situation des Südwestens positiv ein und nur 35 Prozent negativ. Je höher der Bildungsabschluss, desto positiver fällt im Schnitt die Einschätzung aus. Aber frohen Mutes startet nur eine Minderheit ins Wahljahr. Die große Mehrheit erwartet, dass die Arbeitslosigkeit im Land in den nächsten Mo-

naten steigt: 17 Prozent rechnen mit einem steilen Anstieg, 52 Prozent mit einem begrenzten. Eine Mehrheit rechnet auch mit einer klaren Zunahme der Firmenpleiten, sogar 70 Prozent befürchten infolge von Insolvenzen auch eine zumindest zeitweise Verödung der Innenstädte.

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat die Umfrage zwischen dem 11. und dem 21. Dezember 2020 durchgeführt und damit vor dem Beschluss über den aktuellen Lockdown. Inzwischen dürfte sich die Einschätzung also kaum verbessert haben.

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird tatsächlich gehandelt?

Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, ge-

nauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands. Auf den Rat der IfD-Chefin Renate Kö-

„Wer einen Abwärtstrend erwartet, sieht auch Kretschmann kritischer.“

cher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Online-Portalen der Tageszeitungen.

Wie die Bürger die allgemeine Lage sehen, hängt stark davon ab, ob sie von den ökonomischen Kollateralschäden der Pandemie selbst betroffen sind. Dann sehen sie auch die Perspektiven für den Standort düsterer. Insgesamt beklagt die Hälfte der Bevölkerung direkte Folgen auf ihre wirtschaftliche Situation oder Perspektive: 23 Prozent der Berufstätigen haben durch die Krise Einkommenseinbußen, bei zwölf Prozent sind sie signifikant. 14 Prozent aller Berufstätigen im Land sind zurzeit in Kurzarbeit, zwölf Prozent fürchten um ihren Arbeitsplatz, vier Prozent haben ihn durch die Krise verloren.

Wer einen Abwärtstrend erwartet, sieht das Engagement von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in der Regel kritischer. Wer gute Perspektiven sieht, beurteilt auch den Einsatz des Regierungschefs eher positiv. Insgesamt ist das Meinungsbild in diesem Punkt gespalten. Das trifft auch auf die Frage zu, ob die Regierung die Ziele Wirtschaftswachstum und Klimaschutz gut miteinander vereinbart oder sich zu sehr auf eines der beiden Ziele konzentriert: 22 Prozent sagen, die Regierung vereinbare die Ziele gut, je 24 Prozent finden, dass etwa der Klimaschutz oder die Wirtschaft zu sehr in den Fokus gerückt sei.

So haben die Befragten geantwortet

1 Rückstand:

Bei der Digitalisierung hinten dran

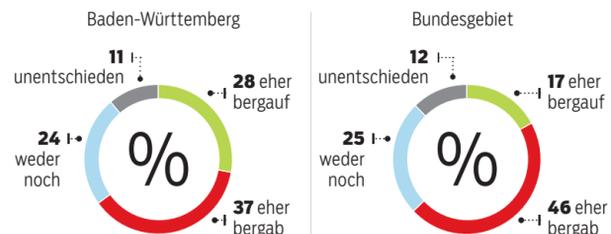
„Was glauben Sie: Sind die Unternehmen in Baden-Württemberg beim Thema Digitalisierung alles in allem gut aufgestellt, oder hinken sie da hinterher?“



2 Konjunktur:

Die Mehrheit glaubt noch nicht an einen Aufschwung im Jahr 2021

„Wie sehen Sie die weitere wirtschaftliche Entwicklung (in Baden-Württemberg): Glauben Sie, dass es mit der Wirtschaft im Jahr 2021 eher bergauf oder eher bergab geht?“



3 Insolvenzen:

Die Mehrheit rechnet mit vielen Firmenpleiten

„Erwarten Sie, dass viele Unternehmen und Selbstständige in Baden-Württemberg wegen der Folgen der Corona-Krise ihren Betrieb aufgeben müssen, oder werden die meisten Unternehmen und Selbstständigen voraussichtlich die Krise überstehen?“

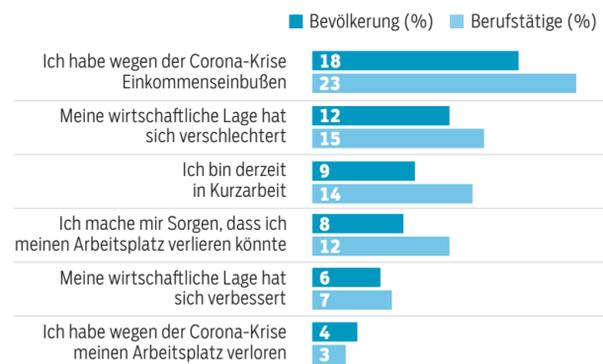
■ Viele werden aufgeben müssen (Angaben in Prozent)



4 Persönliche Betroffenheit:

Die wirtschaftlichen Kollateralschäden der Pandemie

„Es kann ganz unterschiedlich sein, wie sich die Corona-Krise auf die persönliche Situation auswirkt. Welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?“



5 Automobilindustrie:

Wird sie an Kraft verlieren?

„Gehen Sie davon aus, dass die Automobilindustrie auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird, oder wird die Automobilindustrie in ihrer Bedeutung sinken?“



GRAFIK BOCK / QUELLE: IFD-ALLENSBACH

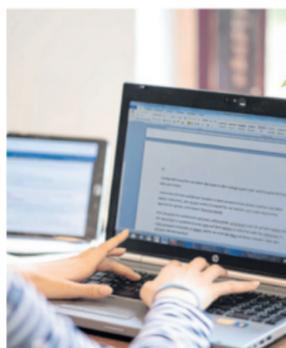
CORONA AKTUELL

Am Mittwoch ist die Zahl der Corona-Infektionen in Baden-Württemberg binnen eines Tages um weitere 2976 Fälle gestiegen, wie das Landesgesundheitsamt (Stand: 16 Uhr) mitteilte. Die Zahl der mit oder am Coronavirus gestorbenen Menschen stieg um 116 auf insgesamt 5873. Die landesweite Sieben-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 133,3. Der geschätzte Sieben-Tages-R-Wert beträgt 1,09. Das bedeutet, dass 100 Infizierte rechnerisch etwa 109 weitere Menschen anstecken. Liegt der Wert für längere Zeit unter 1, flaut das Infektionsgeschehen ab. Weiterhin gelten alle 44 Stadt- und Landkreise im Südwesten als Risikogebiet. dpa

Gegen Microsoft-Produkte im Digitalunterricht

Stuttgart. Zahlreiche Verbände haben sich gegen den Einsatz von Microsoft-Produkten auf der Digitalen Bildungsplattform für die Schulen im Land ausgesprochen. Entsprechende Pläne des Kultusministeriums seien wegen mangelhaften Datenschutzes abzulehnen, teilten unter anderem der Landesschülerbeirat, der Landeselternbeirat, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Philologenverband am Mittwoch mit.

Vorteilhafter seien Open-Source-Lösungen wie Moodle, Nextcloud und BigBlue Button für den digitalen Unterricht. Diese Pro-



Eine Schülerin erledigt am Computer Aufgaben für die Schule. Foto: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

dukte funktionierten bereits in vielen Schulen und machten den Einsatz von Microsoft-365-Produkten überflüssig. Überdies sei es zwingend, dass Baden-Württemberg die digitale Souveränität behalte. Es dürfe sich nicht abhängig machen von einem Angebot wie Microsoft 365, weil es vom Anbieter oder der Regierung des Landes, wo dieser seinen Firmensitz habe, eingeschränkt oder abgeschaltet werden könne.

Darüber hinaus pochte auch die Verbraucherzentrale auf die Nutzung einer quell-offenen und datenschutzkonformen digitalen Infrastruktur. dpa



Das Grundgesetz auf dem Oberarm

Uwe Hück (58), der Ex-Porsche-Betriebsratschef, hat sich einen Grundgesetz-Satz tätowieren lassen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Gerade in diesen Corona-Zeiten sei die gefährdet, so Hück. Er kritisiert den Umgang mit alten Menschen. Ältere, die das Land nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut hätten, würden jetzt eingesperrt. „Das ist nicht anständig.“ Foto: privat/U. Hück/dpa